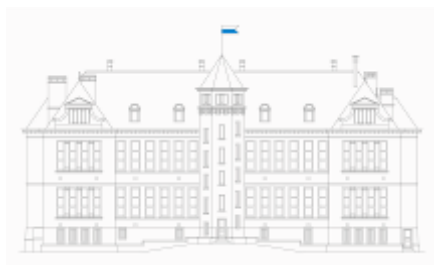


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

LISSABON-VERTRAG: EINDEUTIGES JA DER IREN IM 2. REFERENDUM – WEITERES VERFAHREN

Die Iren haben sich im zweiten Referendum zum Lissabon-Vertrag nach der ersten Ablehnung im Juni 2008 (dagegen: 53,4 %; dafür: 46,6 %) und den nachfolgenden Klarstellungen des Europäischen Rates vom Dezember 2008 (siehe EB 22/08) eindeutig mit 67,1 % für den Lissabon-Vertrag ausgesprochen. Dagegen stimmten 32,9 %. Die Wahlbeteiligung war zudem mit 58 % höher als beim 1. Referendum mit 53,1 %. Der polnische Präsident *Lech Kaczyński* hat die Ratifizierungsurkunde am 10.10.2009 ausgefertigt. Damit steht lediglich die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch die Unterschrift des tschechischen Präsidenten unter die Ratifizierungsurkunde aus. Abhängig vom Stand des Ratifizierungsverfahren möchte der schwedische Ratspräsident *Frederik Reinfeldt* entweder auf dem Europäischen Rat (ER) am 29./30.10.2009 die Mitglieder der Kommission sowie den Präsidenten des Europäischen Rates und den „Europäischen Außenminister“ auf der Basis des Lissabon-Vertrags benennen oder die Lage im November im Hinblick auf das laufende Verfahren vor dem tschechischen Verfassungsgericht neu bewerten.

ERWEITERUNG: VERHANDLUNGEN MIT KROATIEN WIEDER AUFGENOMMEN

Nach Aufgabe der Blockade Sloweniens (s. EB 16/09) wegen der Grenzstreitigkeiten mit Kroatien sind erwartungsgemäß auf der Beitrittskonferenz am 02.10.2009 sechs Kapitel und damit 28 von 35 Verhandlungskapiteln eröffnet worden. Fünf weitere Kapitel, und damit insgesamt zwölf, sind vorläufig abgeschlossen worden. Der kroatische Außenminister *Jandrokovic* zeigte sich zuversichtlich, die Verhandlungen bis Mitte 2010 abzuschließen. Erweiterungskommissar *Rehn* wies auf Defizite im Kampf gegen die Kriminalität und gegen die Korruption hin. Die Kommission wird in dem für den 14.10.2009 erwarteten Fortschrittsbericht eine genaue Analyse vornehmen.

NEUE EU - LATEINAMERIKA STRATEGIE

Am 30.09.2009 stellte die Kommission in ihrer Mitteilung „Europäische Union



und Lateinamerika: Global Players und Partner“ eine neue Politik zur Stärkung der strategischen Partnerschaft der beiden Regionen vor. Darin werden neue Orientierungslinien und Empfehlungen im Hinblick auf die großen, globalen Herausforderungen (Klimawandel, Wirtschafts- und Finanzkrise, Energieversorgungssicherheit, Migration) aufgezeigt. Weiter wird ein Vorschlag für die Einrichtung eines Programms zur Förderung von Investitionen (Investitionsfazilität für Lateinamerika (LAIF)) unterbreitet. Der nächste EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel wird im Mai 2010 stattfinden.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/external_relations/la/index_en.htm

[MEMO/09/426](#)

POSITIVE BILANZ DES DIALOGS ZWISCHEN KOMMISSION UND PARLAMENTEN DER MITGLIEDSTAATEN

Als Ergebnis eines Anfang September 2006 von Kommissionspräsidenten *José Manuel Barroso* eingeleiteten politischen Dialogs erreichten die Kommission 525 Stellungnahmen der Parlamente der Mitgliedstaaten. Insbesondere die zweiten Kammern wie der französische Senat, der Bundesrat, das House of Lords oder der tschechische Senat waren sehr aktiv. Zudem trafen Kommission und die Parlamente der Mitgliedstaaten in 550 Sitzungen zusammen. In der Mitteilung vom 30.09.2009 wies die Kommission auch auf die Bedeutung der Subsidiaritätskontrolle hin, die mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon zum Tragen kommen würde.

Weitere Einzelheiten unter :

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/relations/relations_other/npo/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

PRÄSIDENTSCHAFT SETZT VERHANDLUNGEN ÜBER EUROPÄISCHE SAMMLUNG VON FLUGGASTDATEN (PNR) AUS – EP FORDERT NEUEN VORSCHLAG

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat angekündigt, die Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission für einen „Rahmenbeschluss zur Sammlung von Flugpassagierdaten (PNR) zu Sicherheitszwecken“ auszusetzen, bis der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, mit dem das Europäische Parlament das



Recht zur Mitentscheidung bekommt. Das EP will den Vorschlag zur Rücknahme oder Überarbeitung an die Kommission zurücksenden.

EURODAC-JAHRESBERICHT: MEHRFACHASYLANTRÄGE KONSTANT, MEHR ILLEGALE EINWANDERER AUFGEGRIFFEN

Die Kommission hat den Bericht für 2008 über die Datenbank EURODAC veröffentlicht, in der Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern gespeichert werden. 17,5 % der Asylbewerber hatten schon einen Antrag in einem anderen EU-Land gestellt. Der Anteil dieser unzulässigen Mehrfachanträge ist Jahren konstant. Die die Zahl der registrierten illegalen Einwanderer stieg dagegen im Vergleich mit 2007 um 62,3 %.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1357&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

EUGH-GENERALANWALT: RÜCKNAHME EINER EINBÜRGERUNG TROTZ VERLUST DER UNIONSBÜRGERSCHAFT MÖGLICH

EuGH-Generalanwalt *Poiares Maduro* sieht keine europarechtlichen Hindernisse für die Rücknahme einer durch falsche Angaben erschlichenen Einbürgerung, auch wenn der Betroffene dadurch staatenlos wird und die Unionsbürgerschaft verliert. Im Fall „Janko Rottmann gegen Freistaat Bayern“ (C-135/08) hatte der Kläger die Einbürgerung in Deutschland beantragt und Ermittlungsverfahren wegen schweren Betrugs in seinem Heimatland Österreich verschwiegen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

KOMMISSION LEGT RICHTLINIENENTWURF ZUR VEREINFACHUNG DER PROSPEKTRICHTLINIE VOR

Am 24.09.2009 legte die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Prospektrichtlinie 2003/71/EG vor, um den Anlegerschutz und die Transparenz weiter zu verbessern.

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/prospectus/proposal_240909/proposal_de.pdf



WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT BLOCKIERT RICHTLINIENVORSCHLAG ZU ERLEICHTERUNGEN BEIM JAHRESABSCHLUSS FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN

Im Rat gibt es weiter eine Sperrminorität gegenüber dem Kommissionsvorschlag, Kleinunternehmen von den Regelungen zur Umsetzung der Bilanzrichtlinie auszunehmen. Damit liegt dieser Vorschlag, der auch von der hochrangigen Expertengruppe von Ministerpräsident a. D. *Dr. Stoiber* befürwortet wird, auf Eis.

WIRBEL UM EU-SAMMELKLAGEN FÜR KARTELLSCHADENSERSATZANSPRÜCHE

Ein Richtlinienvorschlag von Wettbewerbskommissarin *Kroes* zur Einführung von Sammelklagen bei Kartellverstößen wurde am 7.10.2009 nicht – wie zunächst beabsichtigt - auf die Tagesordnung der Sitzung der Kommission genommen. Vielmehr wurde mitgeteilt, an dem Dossier werde noch gearbeitet. Ein neuer Termin für eine Entscheidung der Kommission wurde nicht genannt.

EUG: RATSBESCHLUSS ZUR EINFRIERUNG VON GELDERN NICHTIG

Im Verfahren von *Jose Maria Sison*, dem seit 1987 in den Niederlanden wohnenden Vorsitzenden der kommunistischen Partei der Philippinen, erklärte das Gericht Erster Instanz die vom Rat veranlasste Einfrierung der Gelder für nichtig (Az. T 341/07), weil die zugrundeliegenden nationalen Entscheidungen nicht die Aufnahme von Ermittlungen, die Strafverfolgung oder eine Verurteilung wegen terroristischer Handlungen betrafen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090080de.pdf>

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=T-341/07>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

BERICHTE DER EU-KOMMISSION ZUR EINLEITUNG VON VERFAHREN BEI EINEM ÜBERMÄSSIGEN DEFIZIT GEGEN DEUTSCHLAND UND ANDERE MITGLIEDSTAATEN

Die EU-Kommission hat am 7. Oktober 2009 Berichte zur Einleitung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit gegen neun Mitgliedstaaten (Belgien,



Deutschland, Italien, Österreich, Niederlande, Portugal, Slowakei, Slowenien und Tschechische Republik) angenommen, weil das Haushaltsdefizit dieser Mitgliedstaaten für 2009 voraussichtlich 3 % des BIP überschreiten wird. Die Berichte sind an den Wirtschafts- und Finanzausschuss gerichtet. Im weiteren Verfahren gibt der Wirtschafts- und Finanzausschuss zunächst eine Stellungnahme zu den Berichten der Kommission ab. Die Kommission entscheidet dann unter Berücksichtigung dieser Stellungnahme, ob sie dem Rat die Feststellung eines übermäßigen Defizits und eine Frist für dessen Korrektur empfiehlt. Der im Jahr 2005 überarbeitete Stabilitäts- und Wachstumspakt ermöglicht es, beim Tempo der Defizitkorrektur der Wirtschaftslage Rechnung zu tragen, und bietet daher im weiteren Verfahren eine gewisse Flexibilität.

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article15908_en.htm

JÄHRLICHES STATEMENT DER KOMMISSION ZUM EURO-RAUM 2009

Die EU-Kommission hat am 7. Oktober 2009 mit einer Mitteilung und einem flankierenden Bericht ihr jährliches Statement zum Euro-Raum abgegeben. Aus Sicht der Kommission hat der Euro den Euroraum erfolgreich vor Wechselkurs- und Zinsturbulenzen geschützt, die in früheren Krisen schwerwiegende Folgen hatten. Die Krise hat aber auch die wirtschaftliche Anfälligkeit einiger Mitgliedstaaten deutlich gemacht. Aus Sicht der Kommission müssen die Mitglieder des Euroraums ihre makroökonomische Politik besser aufeinander abstimmen und mit einer Stimme sprechen. Wenn die wirtschaftliche Erholung gesichert ist, würden eine koordinierte Rücknahme der Konjunkturbelebungsmaßnahmen und Unternehmensfördermaßnahmen sowie Strukturreformen die Aussichten auf Preisstabilität verbessern und eine einheitliche Geldpolitik erleichtern. In der Jährlichen Erklärung wird auch für eine effektivere Vertretung in internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen, insbesondere in den G-20, plädiert.

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15926_en.pdf

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15951_en.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES G-20-GIPFELS AM 24. UND 25. SEPTEMBER IN PITTSBURGH

Wichtige Themen des Weltfinanzgipfels am 24. und 25. September 2009 in Pittsburgh waren u. a. Exit-Strategien aus den laufenden Konjunkturprogrammen und Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors, Eigenkapitalanforderungen für Banken, der künftige Umgang mit systemrelevanten Banken und



vor allem Vergütungen im Finanzbereich. Die Vergütungen sollen sich künftig am langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientieren und nicht exzessive Risikoinvestitionen fördern. Mehrjährige Garantien für Bonuszahlungen soll es nicht mehr geben und die Vergütungsstrukturen sollen bei Unternehmensmisserfolgen oder Inanspruchnahme staatlicher Hilfe angepasst werden können. Feste Gehaltsobergrenzen wurden aber nicht festgelegt. Keine Einigung wurde über die vor allem von Frankreich und Deutschland ins Spiel gebrachte allgemeine Finanztransaktionssteuer erzielt.

<http://www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm>

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 8. OKTOBER 2009 ÜBER DEN G-20-GIPFEL AM 24. UND 25. SEPTEMBER IN PITTSBURGH

Das Europäische Parlament hat am 8. Oktober 2009 eine Entschließung über den G 20-Gipfel vom 24. und 25. September 2009 verabschiedet. Das Parlament begrüßt die auf dem G-20-Gipfeltreffen erzielten Vereinbarungen und die Zusage, dass die fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen nicht vorzeitig beendet werden. Man müsse aber bereits jetzt an effektiven Exit-Strategien arbeiten. Notwendig sei auch eine stärkere, zentralistischere Finanzmarktaufsicht mit einer übergeordneten Finanzaufsichtsbehörde, um künftige Krisen zu verhindern. Das Parlament fordert die Kommission auf, die auf dem G-20-Gipfeltreffen gemachten Zusagen hinsichtlich Bonuszahlungen rasch in verbindliches EU-Recht umzusetzen. Notwendig seien auch eine finanzpolitische Nachhaltigkeit und die Förderung von Beschäftigung.

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES INFORMELLEN ECOFIN-TREFFENS AM 1. UND 2. OKTOBER 2009

Thema des informellen Treffens des ECOFIN-Rates am 1. und 2. Oktober 2009 in Göteborg waren insbesondere Exit-Strategien aus den laufenden Konjunkturprogrammen und Bankenrettungsmaßnahmen. Auch wenn es erste Anzeichen für eine leichte wirtschaftliche Erholung gibt, ist es aus Sicht der EU-Finanzminister derzeit noch zu früh, die expansive Fiskal- und Geldpolitik zu beenden. Geeignete Exit-Strategien müssen aber bereits jetzt entworfen werden. Über das Gesamtpaket der von der Europäischen Kommission am 23. September 2009 vorgelegten Legislativvorschläge zur Stärkung der Finanzaufsicht in Europa wollen die EU-Finanzminister bis zum Europäischen Rat im



Dezember eine Einigung erzielen. Diskutiert wurde daneben unter anderem auch über die mögliche Einführung einer CO₂-Steuer in Bereichen, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Die Kommission arbeitet bereits seit einiger Zeit an der Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie und wird darin auch und gerade von der schwedischen Ratspräsidentschaft bestärkt. Konkrete Vorschläge der Kommission sind aber nicht vor Anfang 2010 zu erwarten.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/2/main_results_of_informal_ecofin

EINRICHTUNG EINES SONDERAUSSCHUSSES ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat am 7. und 8. Oktober 2009 für einen Zeitraum von 12 Monaten einen Sonderausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise eingesetzt. Dieser Sonderausschuss soll die Auswirkungen der Finanzkrise analysieren und Maßnahmen vorschlagen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren. Die Ergebnisse des Sonderausschusses und konkrete Handlungsempfehlungen sollen in zwei Berichten vorgestellt werden. Der Sonderausschuss hat 45 Mitglieder. Von bayerischer Seite ist MdEP *Monika Hohlmeier* Mitglied und MdEP *Markus Ferber* stellvertretendes Mitglied. Als Vorsitzender des Sonderausschusses ist MdEP *Klinz* von der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa vorgesehen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+B7-2009-0079+0+DOC+XML+V0//DE>

MEHRWERTSTEUER: RICHTLINIENVORSCHLAG DER EU-KOMMISSION ZUR ANWENDUNG DES REVERSE CHARGE-VERFAHRENS IN BESTIMMTEN SEKTOREN

Die Europäische Kommission hat am 29. September 2009 einen Richtlinienvorschlag für eine fakultative und befristete Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens auf Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen (Computerchips, Mobiltelefone, Edelmetalle, Parfums und Treibhausgasemissionszertifikate) angenommen. Ziel ist die Verhinderung von Mehrwertsteuerhinterziehung, insbesondere in Form sog. „Mehrwertsteuerkarusselle“. Die Steuerschuldnerschaft wird vom leistenden Unternehmer auf den unternehmerischen Leistungsempfänger verlagert. In der Person des Leistungsempfängers fallen damit Steuerschuld und Vorsteuerabzug zusammen



und können direkt saldiert werden. Damit gibt es theoretisch keine Möglichkeit mehr, einen Mehrwertsteuerbetrug zu begehen.

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/legislation/proposals/taxation/COM\(2009\)511_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/legislation/proposals/taxation/COM(2009)511_de.pdf)

KOMMISSION VERSAGT BEIHILFERECHTLICHE GENEHMIGUNG FÜR TEILE DES DEUTSCHEN GESETZES ÜBER DIE STEUERRECHTLICHE BEHANDLUNG VON RISIKOKAPITALBETEILIGUNGEN

Die Europäische Kommission hat das deutsche Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG) nach den Beihilfenvorschriften des EG-Vertrags nur teilweise beihilferechtlich genehmigt. Mit diesem Gesetz sollte vor allem jungen und mittelständischen Unternehmen die Kapitalbeschaffung erleichtert werden. Ein wesentlicher Teil des Gesetzes, die Gewerbesteuerbefreiung von Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften und das Verlustvortragsrecht der von ihnen übernommenen Zielgesellschaften, ist aus Sicht der Kommission nicht mit den Risikokapitalleitlinien der Kommission vereinbar und verstößt gegen den Grundsatz der Niederlassungsfreiheit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1449&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KOMMISSION GENEHMIGT ZUSÄTZLICHE BEFRISTETE BEIHILFE FÜR WESTLB

Die Europäische Kommission hat am 7. Oktober 2009 eine vorübergehende Erhöhung der Garantie für ein Wertpapierportfolio der WestLB nach den Beihilfenvorschriften des EG-Vertrages genehmigt. Die Beihilfe beläuft sich auf 6,4 Mrd. € und wird vom SoFFin, der die deutschen Beihilferegulungen zur Stützung der Finanzinstitute verwaltet, bereitgestellt. Am 12. Mai 2009 hatte die Kommission einen Umstrukturierungsplan für die Bank genehmigt. Demnach soll sich die WestLB künftig auf drei Kerngeschäftsfelder konzentrieren, bestimmte risikoträchtige Geschäftstätigkeiten aufgeben und ihre Aktiva um 50 % reduzieren. Große Teile der Bank sollen in eine „Bad Bank“ ausgelagert und abgewickelt werden. Die Eigentümerstruktur der Bank soll bis Ende 2011 geändert und zu diesem Zweck ein öffentliches Bieterverfahren durchgeführt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1434&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS VOM 24. SEPTEMBER 2009

Bei ihrer Tagung am 24. September 2009 führten die Minister eine erste Orientierungsaussprache zur Überarbeitung der Innovationspolitik der Gemeinschaft durch. Sie fassten Schlussfolgerungen zum Binnenmarkt und diskutierten den Umsetzungsstand der Dienstleistungsrichtlinie bei einem informellen Mittagessen. Keine Einigung konnte bezüglich eines Richtlinienvorschlags über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen im Hinblick auf Kleinstunternehmen erzielt werden.

KOMMISSION VERABSCHIEDET AKTIONSPLAN FÜR DEN STÄDTISCHEN VERKEHR

Die Europäische Kommission hat am 30. September 2009 ihren lange angekündigten Aktionsplan für den städtischen Verkehr verabschiedet. Der Aktionsplan umfasst 20 Vorschläge zur Verbesserung von Fahrgastrechten, zur Entwicklung emissionsarmer Fahrzeuge, zur Optimierung des Stadtverkehrs, bei Werbe- und Aufklärungskampagnen, sowie zur Unterstützung des europaweiten Erfahrungsaustauschs zwischen den Städten. Für die 20 Maßnahmen wird ein konkreter Zeitplan bis 2012 vorgeschlagen.

http://ec.europa.eu/transport/urban/urban_mobility/urban_mobility_en.htm

KOMMISSION SCHLÄGT ERARBEITUNG VON STRATEGIEN FÜR SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN VOR

Die Europäische Kommission hat am 30. September 2009 eine Mitteilung verabschiedet, in der sie die Erarbeitung von Strategien für Schlüsseltechnologien in der Europäischen Union vorschlägt. Sie weist auf die besondere Bedeutung von Schlüsseltechnologien, wie Nanotechnologie, Mikro- und Nanoelektronik, einschließlich Halbleiter, Biotechnologie und Photonik, sowie fortschrittliche Werkstoffe, hin. Der umfassende und zügige industrielle Einsatz dieser Technologien sei entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/ict/competitiveness/index_de.htm



KOMMISSION LEGT SPEZIFIKATIONEN FÜR EUROPÄISCHEN ELEKTRONISCHEN MAUTDIENST FEST

Die Europäische Kommission hat am 6. Oktober 2009 eine Entscheidung erlassen, in der die grundlegenden technischen Spezifikationen und Anforderungen für einen europäischen elektronischen Mautdienst festgelegt werden. Ziel ist, Benutzungsgebühren für alle Autobahnen, Brücken und Tunnel in der gesamten EU über einen einzigen Dienstleister, mit einem einzigen Vertrag und einem Gerät im Fahrzeug, abwickeln zu können. Der einheitliche Mautdienst soll nun innerhalb von drei Jahren für alle Straßenfahrzeuge über 3,5 t. und für alle Straßenfahrzeuge zur Beförderung von mehr als neuen Personen verfügbar sein. Für alle anderen Fahrzeuge soll er innerhalb von fünf Jahren zur Verfügung stehen.

KONSULTATION ZUR NOVELLIERUNG DER GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG FÜR DIE VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT GESTARTET

Die Europäische Kommission hat am 5. Oktober 2009 eine Konsultation zu ihrem Entwurf der geänderten Gruppenfreistellungsverordnung für die Versicherungswirtschaft gestartet. Diese läuft bis zum 30. November 2009. Mit der im Entwurf vorliegenden geänderten Gruppenfreistellungsverordnung soll die Freistellung für zwei der vier Gruppen von Vereinbarungen, nämlich betreffend den Informationsaustausch und Versicherungspools mit einigen Änderungen über den 31. März 2010 hinaus verlängert werden.

http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial_services/insurance.html

JAHRESBERICHTE DER KOORDINATOREN DER TRANSEUROPÄISCHEN VERKEHRSNETZE VORGELEGT

Die für die transeuropäischen Verkehrsnetze bestellten Koordinatoren haben am 7. Oktober 2009 ihren jeweils vierten Bericht und damit den Abschlussbericht ihres ersten Mandats mit einer detaillierten Bestandsaufnahme der in ihre Zuständigkeit fallenden vorrangigen Verkehrsprojekte vorgelegt. Daneben haben die Koordinatoren ein gemeinsames Positionspapier erstellt, das einen Beitrag zu den laufenden Diskussionen über die künftige Ausrichtung der EU-Verkehrspolitik liefern soll.

http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/european_coordinators/2009_en.htm



http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/european_coordinators/position_paper_en.htm

EUROPÄISCHER STRATEGIEPLAN FÜR ENERGIETECHNOLOGIE: KOMMISSION FORDERT ZUSÄTZLICHE 50 MRD. AN INVESTITIONEN UND STELLT NEUES ONLINE-INFORMATIONSSYSTEM FÜR DEN PLAN VOR

Die Europäische Kommission hat am 7. Oktober 2009 einen Vorschlag zu „Investitionen in die Entwicklung von Energietechnologien mit geringen CO₂-Emissionen“ vorgelegt. Darin geht sie davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren zusätzlich 50 Mrd. € in die Energietechnologieforschung investiert werden müssen. Damit stiege das jährliche Investitionsvolumen in der Europäischen Union von 3 auf 8 Mrd. €. Gleichzeitig hat sie das Online-Informationssystem für den Strategieplan für Energietechnologie (SET) in Betrieb genommen. Das System soll die wirksame strategische Planung, Konzipierung und Umsetzung der Energietechnologiepolitik unterstützen und insbesondere der Durchführung des SET-Plans dienen.

SET-Plan: http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_plan_en.htm

Europäisches Energietechnologie-Informationssystem (SETIS):
<http://setis.ec.europa.eu>

EUROPÄISCHE METROPOLREGION NÜRNBERG (EMN) PRÄSENTIERT SICH MIT IHREN PARTNERN IM RAHMEN DER SOG. „OPEN DAYS – EUROPÄISCHE WOCHE DER REGIONEN UND STÄDTE“ – IN BRÜSSEL

Die Europäische Metropolregion Nürnberg hat sich am 6. Oktober 2009 erfolgreich mit ihren Partnern mit insgesamt vier Veranstaltungen in der Bayerischen Vertretung in Brüssel präsentiert. In zwei Workshops wurden die Themenfelder „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ und „Transeuropäische Verkehrsnetze“ diskutiert. Die meiste Aufmerksamkeit zog die Podiumsdiskussion zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 auf sich. Der fachliche Teil wurde mit einer Abendveranstaltung zum Thema „Metropolregion Nürnberg – Heimat für Kreative. Glanzlichter aus Oberfranken“ abgerundet. Nach der Eröffnung durch Staatsministerin *Emilia Müller* diskutierten *Katharina Wagner*, Leiterin der Bayreuther Festspiele, *Wolfgang Fink*, Intendant der Bamberger Symphoniker, mit dem Bayerischen Wissenschaftsminister *Dr. Wolfgang Heubisch* und dem Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, *Dr. Michael Hohl*, über die kulturelle Bedeutung der Metropolregion.



[http://www.em-n.eu/index.php?id=310&tx_ttnews\[tt_news\]=509&tx_ttnews\[backPid\]=34&no_cache=1](http://www.em-n.eu/index.php?id=310&tx_ttnews[tt_news]=509&tx_ttnews[backPid]=34&no_cache=1)

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES INFORMELLEN ECOFIN-TREFFENS AM 1. UND 2. OKTOBER 2009

Thema des informellen Treffens des ECOFIN-Rates am 1. und 2. Oktober 2009 in Göteborg waren insbesondere Exit-Strategien aus den laufenden Konjunkturprogrammen und Bankenrettungsmaßnahmen. Auch wenn es erste Anzeichen für eine leichte wirtschaftliche Erholung gibt, ist es aus Sicht der EU-Finanzminister derzeit noch zu früh, die expansive Fiskal- und Geldpolitik zu beenden. Geeignete Exit-Strategien müssen aber bereits jetzt entworfen werden, auch wenn mit deren Umsetzung angesichts der konjunkturellen Situation noch gewartet werden muss (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/2/main_results_of_informal_ecofin

EINRICHTUNG EINES SONDERAUSSCHUSSES ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat am 7. und 8. Oktober 2009 für einen Zeitraum von 12 Monaten einen Sonderausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise eingesetzt. Dieser Sonderausschuss soll die Auswirkungen der Finanzkrise analysieren und Maßnahmen vorschlagen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren. Die Ergebnisse des Sonderausschusses und konkrete Handlungsempfehlungen sollen in zwei Berichten vorgestellt werden (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+B7-2009-0079+0+DOC+XML+V0//DE>

KONVENT DER BÜRGERMEISTER STELLT INTERAKTIVE WEB-PLATTFORM ZUR CO₂-MINDERUNG VOR

Im Rahmen Europäischen Woche der Städte und Regionen (Open Days) vom 05. – 08.10.2009 hat der sog. „Konvent der Bürgermeister“ (s. EB 04/2009) eine interaktive Web-Plattform zur Minderung städtischer CO₂-Emissionen vorgestellt. Dieses neue System soll Städten dabei helfen, ihre Aktionspläne für nachhaltige Energie (APNE, engl. SEAP, Sustainable Energy Action Plans)



zu entwickeln und deren Auswertung zu erleichtern. Inzwischen haben sich mehr als 800 Bürgermeister dem Konvent angeschlossen und damit verpflichtet, die von der EU bis 2020 angestrebte Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 % noch zu übertreffen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

www.eumayors.eu

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARMINISTERTREFFENS AM 05.10.2009 IN BRÜSSEL

Die Agrarminister der 27 Mitgliedstaaten haben bei ihrem Treffen am 05.10.2009 keine neuen Maßnahmen beschlossen, da es sich um ein informelles Treffen handelte. Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Einrichtung der High Level Group, die sich mit Möglichkeiten zur Stabilisierung des Milchmarktes und der Einkommen der Milcherzeuger sowie der Markttransparenz befasst. Dabei sollen die Beschlüsse des Health Checks beachtet werden. Die Gruppe wird ihren Bericht im Juni 2010 vorlegen. Kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung des Sektors sollen im Rahmen des Agrarrates am 19./20.10.2009 beschlossen werden (z. B. Ankauf der Quoten durch die Mitgliedstaaten und Eingliederung des Milchsektors in die Gemeinsame Marktorganisation, die die Kommission ermächtigt, kurzfristige Marktmaßnahmen im Milchsektor zu ergreifen). Das Agrarministertreffen wurde von massiven Protesten begleitet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1420&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION FORDERT VON DEN MITGLIEDSTAATEN GAP-GELDER IN HÖHE VON 214,6 MIO. EUR ZURÜCK

Die Europäische Kommission hat beschlossen EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 214,6 Mio. EUR, die von den Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden, wieder-einzuziehen. Die Gelder fließen aufgrund der Nichteinhaltung von EU-Vorschriften über die Agrarausgaben bzw. aufgrund von unzureichenden Kontrollverfahren in den Gemeinschaftshaushalt zurück. Deutschland muss insgesamt 2,1 Mio. EUR zurückerstatten. Die höchsten Rückzahlungen werden von Frankreich in Höhe von 70 Mio. EUR gefordert.

http://ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet_de.pdf.



„DIE GESCHMACKSBANDE" – NEUE EU-INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG EINES GESUNDEN LEBENSSTILS UND AUSGEWOGENER ERNÄHRUNG BEI KINDERN

Am 28.09.2009 wurde von *Mariann Fischer Boel*, Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, der Startschuss für eine neue Kampagne zur Förderung gesunder Ernährung bei europäischen Schulkindern gegeben. Unter dem Motto „Iss, trink und beweg dich" werden drei Roadshows in sieben europäischen Ländern (Belgien, Frankreich, UK, Irland, Estland, Litauen, Polen) unterwegs sein und versuchen Kinder spielerisch über gesunde Ernährung zu informieren. Insgesamt werden 18.000 Kinder an 180 Schulen teilnehmen. Die Kampagne soll das bereits bestehende Schulobstprogramm sowie das Schulmilchprogramm begleiten. Ergänzt wird das Programm durch eine interaktive Website und andere Veranstaltungen, um ein größeres Bewusstsein für gesunde Ernährung zu schaffen.

<http://ec.europa.eu/agriculture/tasty-bunch/>

BAYERN UND DIE BRETAGNE UNTERZEICHNEN GEMEINSAME DEKLARATION AUF DEM MILCHMARKT

Im Vorfeld des Agrarministertreffens haben die Regionen Bretagne und Bayern eine gemeinsame Deklaration zur Krise auf dem Milchmarkt unterzeichnet. Kernpunkt der Deklaration ist die Forderung nach einem Memorandum, die beschlossene jährliche Erhöhung der Milchquote zu überdenken. Außerdem wird die Kommission aufgefordert alle möglichen Marktmaßnahmen zu ergreifen, um die schwierige Situation zu bewältigen. Die Deklaration wurde vor dem Agrarministertreffen an Kommissarin *Fischer Boel* übermittelt.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EU-KOMMISSION: BARROSO STREBT STÄRKERE AUSRICHTUNG AUF SOZIALE DIMENSION EUROPAS AN

Einen integrierten Politikansatz mit einer stärkeren Ausrichtung auf die soziale Dimension Europas hat EU-Kommissionspräsident *José Manuel Durao Barroso* für seine zweite Amtszeit angekündigt. Unter den Schwerpunkten seiner sozialpolitischen Prioritäten nannte er gegenüber einem Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen („Spring Alliance“) am 28. Septem-



ber 2009 sowie vor dem Wirtschafts- und Sozialausschuss am 30. September 2009 die Schaffung und die Qualität von Arbeitsplätzen. *Barroso* bekräftigte sein Bestreben, nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt in Einklang zu bringen, und wies auf die Bedeutung der so genannten Post-Lissabon-Strategie ab 2010 als „Ausweg aus der gegenwärtigen Krise“ hin.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/419>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/427>

BERICHT ZUM SOZIALSCHUTZ: BETONUNG DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS FÜR KÜNFTIGE STRATEGIE VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Die Strategie der Europäischen Union für Wachstum und Beschäftigung sollte künftig mehr Gewicht auf den sozialen Zusammenhalt in der EU legen. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht des Sozialschutzausschusses (SPC), den die Europäische Kommission am 29. September 2009 vorgestellt hat. Die Expertise der Sozialschutzexperten aus allen 27 Mitgliedstaaten bildet einen Beitrag für die neue Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die nach 2010 die Lissabon-Agenda ablösen soll.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=596&furtherNews=yes>

EUROPÄISCHES PARLAMENT: BESCHÄFTIGUNGS-AUSSCHUSS LEHNT BERICHT ZUR ARBEITSZEIT SELBSTSTÄNDIGER IM TRANSPORTGEWERBE AB

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EP) hat am 29. September 2009 den Bericht der slowakischen EVP-Abgeordneten Edit Bauer zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, mit 25:24 Stimmen abgelehnt. Damit schloss sich die Mehrheit der Parlamentarier im Grundsatz dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Neufassung der entsprechenden Arbeitszeitrichtlinie (2002/15/EG) an, wonach eine Ausweitung der Regelungen auf scheinselfständige Arbeitnehmer, jedoch nicht auf reguläre Selbstständige vorgesehen wurde.

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/empl/pr/787/787509/787509de.pdf



EUGH: GENERALANWALT RÜGT DEUTSCHE VERWALTUNGSPRAXIS FÜR POLNISCHE LEIHARBEITER ALS VERSTOSS GEGEN DIENSTLEISTUNGSFREIHEIT

Als Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit hat EuGH-Generalanwalt *Jan Mazak* eine deutsche Verwaltungspraxis für polnische Arbeiter mit Werkverträgen gerügt. Eine entsprechende Vorschrift der Regierungsvereinbarung zwischen Polen und Deutschland über die Entsendung von Arbeitnehmern zur Aussendung von Werkverträgen sei nicht mit Art. 49 des EG-Vertrags vereinbar. Firmen aus EU-Staaten, die in Deutschland Aufträge ausführen, dürften vielmehr polnische Arbeitnehmer mit Werkverträgen auch beschäftigen, wenn das Unternehmen nicht über eine deutsche Niederlassung verfügt. Dies geht aus dem am 30. September 2009 vorgelegten Schlussantrag des Generalanwalts hervor (Rechtssache C-546/07).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&jurcdj=jurcdj&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALLTYP&numaff=&ddatefs=28&mdatefs=9&ydatefs=2009&ddatefe=5&mdatefe=10&ydatefe=2009&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

ARBEITSZEITRICHTLINIE: BEFRISTETE VERLÄNGERUNG DER ÜBERGANGSREGELUNGEN ZUR HÖCHSTARBEITSZEIT FÜR ÄRZTE IN AUSBILDUNG

Die Europäische Kommission hat Stellungnahmen veröffentlicht, nach denen sie der befristeten Verlängerung von Übergangsregelungen für die Höchstarbeitszeit von Ärzten in der Ausbildung in den Niederlanden, Ungarn sowie im Vereinigten Königreich zustimmt. Dies teilte die Kommission am 2. Oktober 2009 mit. Gleichzeitig unterstrich die Kommission, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von jungen Ärzten 52 Stunden einschließlich Bereitschaftsdienst nicht überschritten werden darf.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=603&furtherNews=yes>

GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN: GESCHLECHTERUNGLEICHHEITEN IM BILDUNGSWESEN

Einem am 5. Oktober 2009 vorgestellten Expertenbericht der EU-Kommission zufolge bestehen noch immer Geschlechterungleichheiten im Bildungswesen.



Geschlechtsbezogene Unterschiede seien jedoch eng mit anderen Faktoren wie der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten, ethnischen Gruppen und Minderheiten sowie politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden. Die Autoren stellen zudem eine Unterrepräsentierung von Jungen und Männern in Feldern mit einem pflegerischen Hintergrund fest und mahnen Forschungsbemühungen mit dem Ziel der Aufweichung von Rollenklischees bei der Berufswahl an.

<http://www.nesse.fr/nesse/activities/reports/activities/reports/gender-report-pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ERGEBNISSE DES INFORMELLEN BILDUNGSMINISTERRATES IN GÖTEBORG

Die europäischen Bildungsminister haben sich im Rahmen ihres informellen Treffens am 23./24.09.2009 in Göteborg mit der Lehreraus- und -weiterbildung sowie der Rolle der Schulleitungen befasst. Im Rahmen der Diskussion wurden insbesondere im Hinblick auf die Aus- und Weiterbildung der Schulleiter zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten deutlich. Übereinstimmend wurden die Motivation und die Fertigkeiten von Lehrkräften sowie die Kompetenzen der Schulleitung als Schlüsselfaktoren für eine qualitativ hochwertige Bildung angesehen.

EUROSTAT-VERÖFFENTLICHUNG ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN EUROPA

Anlässlich des Europäischen Tags der Sprachen am 26.09.2009 veröffentlichte Eurostat Daten zur Situation der Mehrsprachigkeit in den EU-Mitgliedstaaten. Demnach lernten in der EU im Jahr 2007 60 % der Schüler der Sekundarstufe II zwei oder mehr Fremdsprachen, während ein Drittel eine Fremdsprache und 6 % keine Fremdsprache erlernte.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-24092009-AP/DE/3-24092009-AP-DE.PDF

WEITERHIN KEINE GESCHLECHTERGLEICHHEIT IM BILDUNGSWESEN

Im Bildungswesen existieren nach wie vor Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf die Vorlieben bei der Fächerwahl und die Leistung. Dies ist die Kernaussage eines von der Europäischen Kommission veröffent-



lichten Berichts, der von NESSE, dem Europäischen Netzwerk für Bildungssoziologie, erarbeitet wurde.

<http://www.nesse.fr/nesse/activities/reports/activities/reports/gender-report-pdf>

EU-FORUM DISKUTIERT VERBESSERUNG DES BILDUNGSZUGANGS VON ROMA

Unter dem Vorsitz der schwedischen Präsidentschaft haben Bildungskommissar *Figel* und Beschäftigungskommissar *Špidla* zusammen mit Experten aus den Mitgliedstaaten über die Möglichkeiten diskutiert, den Zugang von Angehörigen der Roma-Gemeinschaften zur Bildung zu verbessern und damit für mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem zu sorgen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

„THE WORLD IN 2025“ IN DER DISKUSSION DER EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSMINISTER

„The World in 2025“ stand im Mittelpunkt der Tagung der EU-Forschungsminister im Rahmen des Rates der EU (Wettbewerbsfähigkeit) am 25. September 2009. Die Orientierungsdebatte zur Entwicklung des Europäischen Forschungsraumes versuchte, die künftigen Herausforderungen und die gemeinsamen präventiven Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren. Als Handlungsmöglichkeiten wurden „Joint Programming“ und ein neuer Innovationsansatz gesehen; das gebotene Maß von Exzellenz und Kohäsion war Gegenstand ausführlicher, ergebnisoffener Diskussionen.

BARROSO KÜNDIGT DIE SCHAFFUNG EINES WISSENSCHAFTSBERATERS AN

EU- Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* kündigte am 25. September 2009 an, einen Wissenschaftsberater in der nächsten Kommission einzusetzen. Unklarheiten bestehen noch über die Ausgestaltung und Ausstattung des Wissenschaftsberaters. Die Schaffung des Wissenschaftsberaters unterstreicht die Absicht der Kommission, wissenschaftliche und technologische Anwendungen sowie die Vermittlung der Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber neuen Technologien in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu stellen.

Zum Think Tank der EU: <http://www.epc.eu/>



EXPERTEN BEMÄNGELN EU-FORSCHUNGSPOLITIK

In seinem ersten, am 6. Oktober 2009 veröffentlichten Jahresbericht kritisierte das „European Research Area Board“ (ERAB) die europäische Forschungspolitik als von Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten gesteuert und bemängelte fehlenden Gemeinschaftsgeist. Außerdem beständen ein zu starker Zentralismus und zu uneinheitliche rechtliche Rahmenbedingungen. Ferner fordert der Bericht die bereits zuvor von *Barroso* angekündigte Position des Wissenschaftsberaters.

Zum Bericht: http://ec.europa.eu/research/erab/publications_en.html

STAATSMINISTER DR. WOLFGANG HEUBISCH ERÖFFNET DIE BRÜSSELEXKURSION DES MAX WEBER-PROGRAMMS

Der viertägige Brüsselaufenthalt der bayerischen Max-Weber Stipendiaten startete am 5. Oktober mit einer Abendveranstaltung vor rund 100 Gästen in der Bayerischen Vertretung. Der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herr *Dr. Wolfgang Heubisch*, betonte in seinem Grußwort den Stellenwert der Elite-, aber auch der Breitenförderung.

Im anschließenden Festvortrag mit dem Titel „Von Athen nach Brüssel - Inklusion der Zivilgesellschaft in der EU“ unterbreitete *Professor Dr. Gary S. Schaal* den Stipendiaten das theoretische Konzept für die kommenden drei Besuchstage in den europäischen Institutionen. Geleitet werden die Stipendiaten von Alumni der Studienstiftung, die in den Brüsseler Institutionen tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen auf diese Weise an die Stipendiaten weitergeben können.

www.max-weberprogramm.de

DER GRÜNE HÜGEL – GIPFEL DER KREATIVITÄT FÜR BRÜSSEL

Nahezu 300 Gäste folgten der Einladung unter dem Titel „Der Grüne Hügel-Gipfel der Kreativität zum musikalischen Abendempfang mit *Katharina Wagner* in die Bayerische Vertretung am 6. Oktober 2009. Begrüßt von der Staatsministerin für Bundes- und Europangelegenheiten, *Emilia Müller*, sowie von dem Nürnberger Oberbürgermeister *Dr. Ulrich Maly* als Leiter der deutschen Delegation beim Ausschuss der Regionen präsentierte sich die Metropolregion Nürnberg als Heimat für Kreative. Unter der Moderation von *Manuel Brug* (Die Welt) beleuchteten *Katharina Wagner*, Staatsminister *Dr. Wolfgang Heubisch*, die Europaabgeordnete und Vorsitzende des Kultur-Ausschusses *Doris Pack*,



Wolfgang Fink von den Bamberger Symphoniker-Bayerische Staatsphilharmonie und Oberbürgermeister Dr. Hohl die Erfolge und das Potential Oberfrankens. Das Bayreuther-Festival-Violinquartett leitete mit drei neuzeitlichen Musikstücken sowie einem musikalischen Zitat aus der Oper Tannhäuser zu einem kulinarischen Streifzug durch die Metropolregion über.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

INFORMELLER ECOFIN RAT DISKUTIERT ÜBER MÖGLICHE CO₂-STEUER

Im Rahmen des informellen Treffens des ECOFIN-Rates am 1. und 2. Oktober 2009 in Göteborg wurde u. a. über die mögliche Einführung einer CO₂-Steuer in Bereichen, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind, diskutiert. Die Kommission arbeitet bereits seit einiger Zeit an der Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie und wird darin auch und gerade von der Schwedischen Ratspräsidentschaft, die diesen Punkt in ihre Prioritäten aufgenommen hat, bestärkt. Konkrete Vorschläge der Kommission sind aber nicht vor Anfang 2010 zu erwarten (s. hierzu auch Beitrag des StMF).

EUROPÄISCHER STRATEGIEPLAN FÜR ENERGIETECHNOLOGIE: KOMMISSION FORDERT ZUSÄTZLICHE 50 MRD. AN INVESTITIONEN UND STELLT NEUES ONLINE-INFORMATIONSSYSTEM FÜR DEN PLAN VOR

Die Europäische Kommission hat am 7. Oktober 2009 einen Vorschlag zu „Investitionen in die Entwicklung von Energietechnologien mit geringen CO₂-Emissionen“ vorgelegt. Darin geht sie davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren zusätzlich 50 Mrd. € in die Energietechnologieforschung investiert werden müssen. Damit stiege das jährliche Investitionsvolumen in der Europäischen Union von 3 auf 8 Mrd. €. Gleichzeitig hat sie das Online-Informationssystem für den Strategieplan für Energietechnologie (SET) in Betrieb genommen. Das System soll die wirksame strategische Planung, Konzipierung und Umsetzung der Energietechnologiepolitik unterstützen und insbesondere der Durchführung des SET-Plans dienen (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT).

SET-Plan:

http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_plan_en.htm

Europäisches Energietechnologie-Informationssystem (SETIS):



<http://setis.ec.europa.eu>

KONVENT DER BÜRGERMEISTER STELLT INTERAKTIVE WEB-PLATTFORM ZUR CO₂-MINDERUNG VOR

Im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen (Open Days) vom 05.-08.10.2009 hat der sog. Konvent der Bürgermeister (s. EB 04/09) eine interaktive Web-Plattform zur Minderung städtischer CO₂-Emissionen vorgestellt. Dieses neue System soll Städten dabei helfen ihre Aktionspläne für nachhaltige Energie (APNE, engl. SEAP, Sustainable Energy Action Plans) zu entwickeln und deren Auswertung zu erleichtern. Inzwischen haben sich mehr als 800 Bürgermeister dem Konvent angeschlossen und damit verpflichtet, die von der EU bis 2020 angestrebte Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 % noch zu übertreffen.

www.eumayors.eu

ZULASSUNG VON DREI IMPFSTOFFEN GEGEN INFLUENZA H1N1

Zur Bekämpfung der Grippepandemie H1N1 hat die Kommission, jeweils nach positiver wissenschaftlicher Stellungnahme der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), in einem beschleunigten Verfahren neben den beiden Impfstoffen Focetria des schweizerischen Pharmakonzerns Novartis und Pandemrix des britischen Unternehmens GlaxoSmithKline am 29.09.2009 mittlerweile den dritten Impfstoff Celvapan der US-amerikanischen Firma Baxter am 06.10.2009 für den Vertrieb zugelassen. Die Kommission hält die Impfung nach wie vor für eines der wirksamsten Mittel, um die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen. Mittlerweile sind in Europa mehr als 55.000 Menschen mit dem H1N1-Virus infiziert, weltweit sind es um die 355.000. Die Zahl der Toten beläuft sich in der EU-27 auf 189, weltweit auf 4.335 (Zahlen ECDC, Stand: 07.10.2009).

Informationen zum Zulassungsverfahren:

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/Influenza/docs/flu_staff4_en.pdf

Informationen zu den Impfstoffen:

<http://www.emea.europa.eu/influenza/home.htm>

MEHR SCHUTZ VOR ZU LAUTEN MP3-PLAYERN

Die Kommission hat am 28.09.2009 das EU-Normungsgremium CENELEC beauftragt, neue technische Sicherheitsstandards u. a. für MP3-Player zu er-



arbeiten. Vergangenen Oktober warnte der Wissenschaftliche Ausschuss der EU für „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) davor, dass das Hören lauter Musik mit MP3-Playern über einen längeren Zeitraum zu dauerhaften Gehörschäden führen kann (s. EB 03/2009). Mit neuen Standardeinstellungen und eindeutigen Warnhinweisen für MP3-Player soll ein unbedenklicher standardmäßiger Gebrauch die Verbraucher vor übermäßiger Lärmexposition besser schützen. Das Verfahren des europäischen Normungsgremiums CENELEC, an dem Wissenschaftler, die Industrie, Verbrauchervertreter und andere Stakeholder beteiligt sind, kann bis zu 24 Monate andauern.

http://ec.europa.eu/news/environment/090928_de.htm

OFFIZIELLER START FÜR GEMEINSAMEN KAMPF GEGEN KREBS

Am 29.09.2009 eröffnete Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* in Brüssel die Veranstaltung zur offiziellen Einleitung der Europäischen Partnerschaft zur Krebsbekämpfung. Letztere wurde von der Kommission bereits im Juni für den Zeitraum von 2009 bis 2013 vorgeschlagen (siehe EB 12/09). Bei der Auftaktveranstaltung wurde die Wichtigkeit der europäischen Kooperation bei der Mobilisierung der Ressourcen im Kampf gegen Krebs betont, um das Ziel, die Zahl der Neuerkrankungen in der EU bis 2020 um 15 % zu senken, zu erreichen.

http://ec.europa.eu/health/ph_information/dissemination/diseases/cancer_partnership_en.htm

EFSA BEWERTET 523 GESUNDHEITSBEZOGENE ANGABEN FÜR LEBENSMITTEL

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 01.10.2009 ihre erste Bewertung von 523 gesundheitsbezogenen Angaben (sog. „Health Claims“), die sich auf mehr als 200 Lebensmittel und Lebensmittelbestandteile beziehen, vorgelegt und diese in einer Sitzung mit Fachleuten aus den Mitgliedstaaten und der Kommission am 06.10.2009 in Brüssel diskutiert. Die erlaubten gesundheitsbezogenen Angaben sind bis Ende Januar 2010 in einer Gemeinschaftsliste zusammenzufassen, wobei die Kommission aufgrund der hohen Anzahl noch zu prüfender Angaben bereits eine zeitlich darüber hinausgehende schrittweise Erstellung der Liste und die Anwendung von Übergangsregeln angekündigt hat. Die EFSA wird in 2010 und 2011 fortlaufend weitere wissenschaftliche Gutachten zu noch nicht geprüften Angaben



erstellen.

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_article13.htm#art13

„DIE GESCHMACKSBANDE“ – NEUE EU-INITIATIVE ZUR FÖRDERUNG EINES GESUNDEN LEBENSSTILS UND AUSGEWOGENER ERNÄHRUNG BEI KINDERN

Am 28.09.2009 wurde von *Mariann Fischer Boel*, Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, der Startschuss für eine neue Kampagne zur Förderung gesunder Ernährung bei europäischen Schulkindern gegeben. Unter dem Motto „Iss, trink und beweg dich“ werden drei Roadshows in sieben europäischen Ländern (Belgien, Frankreich, UK, Irland, Estland, Litauen, Polen) unterwegs sein und versuchen, Kinder spielerisch über gesunde Ernährung zu informieren. Insgesamt werden 18.000 Kinder an 180 Schulen teilnehmen. Die Kampagne soll das bereits bestehende Schulobstprogramm sowie das Schulmilchprogramm begleiten. Ergänzt wird das Programm durch eine interaktive Website und andere Veranstaltungen, um ein größeres Bewusstsein für gesunde Ernährung zu schaffen (s. hierzu auch Beitrag des StMELF).

<http://ec.europa.eu/agriculture/tasty-bunch/>

RAT VERABSCHIEDET NEUE SCHLACHTVERORDNUNG

Nachdem sich die Agrarminister am 22.06.2009 politisch geeinigt haben (siehe EB 12/09), hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit auf seiner Sitzung am 24.09.2009 in Brüssel ohne weitere Aussprache mit qualifizierter Mehrheit formell die Verordnung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung angenommen. Damit steht nun nur noch die Verkündung der Verordnung im EU-Amtsblatt aus, bevor die neuen Regelungen in Kraft treten können und zum 01.01.2013 anzuwenden sind.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11272-re02.de09.pdf>

SECHSTES BRÜSSELER VETERINÄRFACHGESPRÄCH IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Am 30.09.2009 kamen auf europäischer Ebene tätige Experten aus dem Bereich des Veterinärwesens zum informellen Meinungsaustausch beim sechsten Veterinär-Fachgespräch in der Bayerischen Vertretung in Brüssel zusammen.



Hierzu hatten MdEP *Dr. Horst Schnellhardt*, der Milchindustrie-Verband und die Bayerische Vertretung gemeinsam eingeladen und damit das seit 2003 jährlich stattfindende Treffen in traditioneller Weise fortgesetzt. In ihrer Eröffnungsrede ging Ministerialdirektorin *Karolina Gernbauer* insbesondere auf einzelne Aspekte bei der Umsetzung des EU-Hygienepaketes sowie auf die Pflichtimpfung im Rahmen der Bekämpfung der Blauzungenkrankheit in Bayern ein. *Dr. Schnellhardt* berichtete über aktuelle tierärztliche Themen aus dem neu konstituierten Europäischen Parlament. An der nachfolgenden Diskussion nahmen u. a. Vertreter aus der Generaldirektion SANCO und ENTR aus der Kommission, aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und aus verschiedenen Fachverbänden teil.

ZWEITE EUROPÄISCHE VETERINÄRWOCHE

Vom 28.09. bis 04.10.2009 hat die Zweite Europäische Veterinärwoche unter dem Motto „Tiere + Menschen = eine Gesundheit“ stattgefunden. Grundidee der jährlichen Veranstaltung ist, allgemein das Interesse der Öffentlichkeit in der EU an den Themen Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit zu steigern. In diesem Jahr sollte verstärkt die Botschaft vermittelt werden, dass Tierseuchen einen zunehmenden Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben und sich daher hohe Standards im Bereich der Tiergesundheit positiv auf die Gesundheit der Menschen auswirken können. Die Eröffnungskonferenz am 28.09.2009 in Brüssel fiel mit dem Welttollwuttag zusammen. Die Teilnehmer diskutierten u. a. über die Auswirkungen verschiedener Tierseuchen wie z. B. von TSE, Tollwut und Influenza auf die menschliche Gesundheit.

<http://one-health.eu/ee/de/>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ERSTER INFORMELLER TRILOG ZUM TK-REVIEWPAKET

Am 29.09.2009 hat der erste informelle Trilog zum TK-Reviewpaket (vgl. EB 09/2009) stattgefunden, in dem man sich inhaltlich auf eine Begrenzung der Verhandlungen auf den noch offenen Punkt „AM 138“ (Beschränkung des Internetzugangs) im Wege eines schnellen Verfahrens geeinigt hat.

STUDIE ZUM MEDIENPLURALISMUS VERÖFFENTLICHT

Am 05.10.2009 hat die Kommission den Abschlussbericht der von ihr in Auf-



trag gegebenen und von der katholischen Universität in Leuven federführend erstellten „Unabhängige Studie zu Indikatoren für Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten“ veröffentlicht (vgl. EB 11/09). Die Studie ist der zweite Teil eines dreistufigen Ansatzes der Kommission, die Debatte zum Thema Medienpluralismus voranzutreiben. Als dritten Schritt plant die Kommission die Veröffentlichung einer Mitteilung zum Thema „Indikatoren für Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten“.

Die Studie ist abrufbar unter

http://ec.europa.eu/information_society/media_taskforce/pluralism/study/index_en.htm

EU-KOMMISSARIN VIVIANE REDING STELLT DIE KÜNFTIGEN SCHWERPUNKTE IM BEREICH INFORMATIONSGESELLSCHAFT UND MEDIEN VOR

Viviane Reding, noch amtierende Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, hat in mehreren Reden Ende September/Anfang Oktober 2009 die Ziele der Europäischen Kommission im Bereich Informationsgesellschaft und Medien für die nächsten Jahre aus ihrer Sicht vorgestellt. Im Parlament erläuterte die Kommissarin am 29.09.2009 dem Industrieausschuss die grundsätzlichen Prioritäten ihres Tätigkeitsbereiches. Die Kommissionspläne einer „Europäischen Digitalen Agenda“ stellte *Reding* Anfang Oktober verschiedenen Kreisen in Brüssel vor, u. a. am 01.10.2009 dem „Europäischen Verband für digitale Medien“ (EDiMA).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/429&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=nl>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/446&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KONFERENZ ZU NEXT GENERATION ACCESS-NETZE IN BRÜSSEL

Mit dem Thema Next Generation Access-Netze (NGAs) hat sich eine Konferenz des Verbandes Europäischer Netzbetreiber ETNO am 30.09.2009 in Brüssel befasst. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Organisation, Michael Bartholomew, werde sich die Verabschiedung der von der Kommission vorgesehenen Empfehlung zu diesem Thema aller Voraussicht nach wegen des laufenden Vermittlungsverfahrens zum Telekom-Paket verzögern. Dennoch müssten Next Generation Access Netze die zentrale Priorität bleiben, da Euro-



pa in diesem Bereich hinter den Vereinigten Staaten und Asien immer noch zurückliege.

<http://www.etno.be/Default.aspx?tabid=2178>